

lassen wird: Zum einen wird die freiheitlich-demokratische Grundordnung nachhaltigen Schaden nehmen. Leichtfertig verhängte schwerwiegende aber nutzlose Grundrechtseingriffe wie Ausgangssperren und auch Schließungen von Geschäften werden das eigentliche Verfassungsprinzip der Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen hin zu staatlich auferlegten Zwangsmaßnahmen auch für die Zukunft verschieben. Zudem nehmen die hochbezahlten Abgeordneten ihre verfassungsmäßige Kontrollaufgabe als Volksvertreter nicht wahr und lassen den Regierungschefs freie Fahrt. Die wirtschaftlichen Folgen des Dauer-Lockdowns werden spätestens ab der Wiederherstellung der Insolvenzantragspflicht viele von uns auch in Bruchköbel treffen. Ausfälle bei der Gewerbesteuer und vor allem beim Einkommensteueranteil treffen den Bruchköbeler Haushalt hart.

Dazu war der Wille offensichtlich nicht da. Erst jetzt wird gezielt in den Seniorenheimen getestet. Mit einer gut organisierten schnellen Produktion und Verteilung der Impfstoffe wäre alles besser gelaufen. Der Teil der medizinischen Wissenschaft, der diese Linie vertritt, findet in der Politik der Parteien scheinbar kaum Gehör. Nachdenklich stimmt auch, dass die Parteienpolitik monatelang den Zielwert einer Inzidenz von 50 vorgab - und als dieser fast erreicht war, ihn plötzlich auf 35 herabsetzte. Dies alles macht es auch denkbar, dass das Ende der restriktiven staatlichen Maßnahmen, mit den dann sichtbar werdenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Parteienpolitik, nicht vor der Bundestagswahl am 25. September kommen darf.

Wir brauchen also so dringend wie noch nie, seit dem Bestehen der Bundesrepublik, von Bruchköbel bis zum Bund Volksvertreter, die ihre Aufgabe auch wirklich wieder klug, verantwortungsvoll und vor allem mit fachlicher Qualifikation wahrnehmen. Eine Politik, die Lösungsalternativen offen, ehrlich und vorbehaltlos diskutiert und durchdachte, abgewogene, Konzepte erarbeitet. Und es braucht aktive Bürgerinnen und Bürger, die mitdenken, mitarbeiten und wählen gehen.



Wo führt der Weg Bruchköbels hin?

Dabei hilft es nur kurzfristig, wenn ein Teil des Schadens etwa durch Kurzarbeitergeld oder Sonderzuweisungen an die Stadt ausgeglichen wird. Das Problem dieser Gelder ist es, dass sie geliehen und noch nicht erwirtschaftet sind und vor allem auch unklar bleibt, wie, wann und von wem sie je erwirtschaftet werden könnten. Wir, die Bürgerinnen und Bürger dieser und der kommenden Generationen, werden das mit höheren Steuern, niedrigerem Einkommen, Geldentwertung und Wohlstandsverlust bezahlen müssen.

Krisenbewältigung braucht Konzepte

Diese Politik war nie alternativlos. Sie folgt vielmehr dem substanzverbrauchenden Verwaltungsprinzip, das überall in Deutschland um sich greift: Wenn sich ein Schlagloch auftut, wird nicht etwa die Straße repariert, sondern es wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung angeordnet. Anstatt das Land monatelang in den Lockdown zu schicken und konzeptlos Kitas und Schulen zu schließen, wäre es besser gewesen, von Anfang an die Risikogruppen, vor allem die älteren Menschen unter uns, effektiv zu schützen.

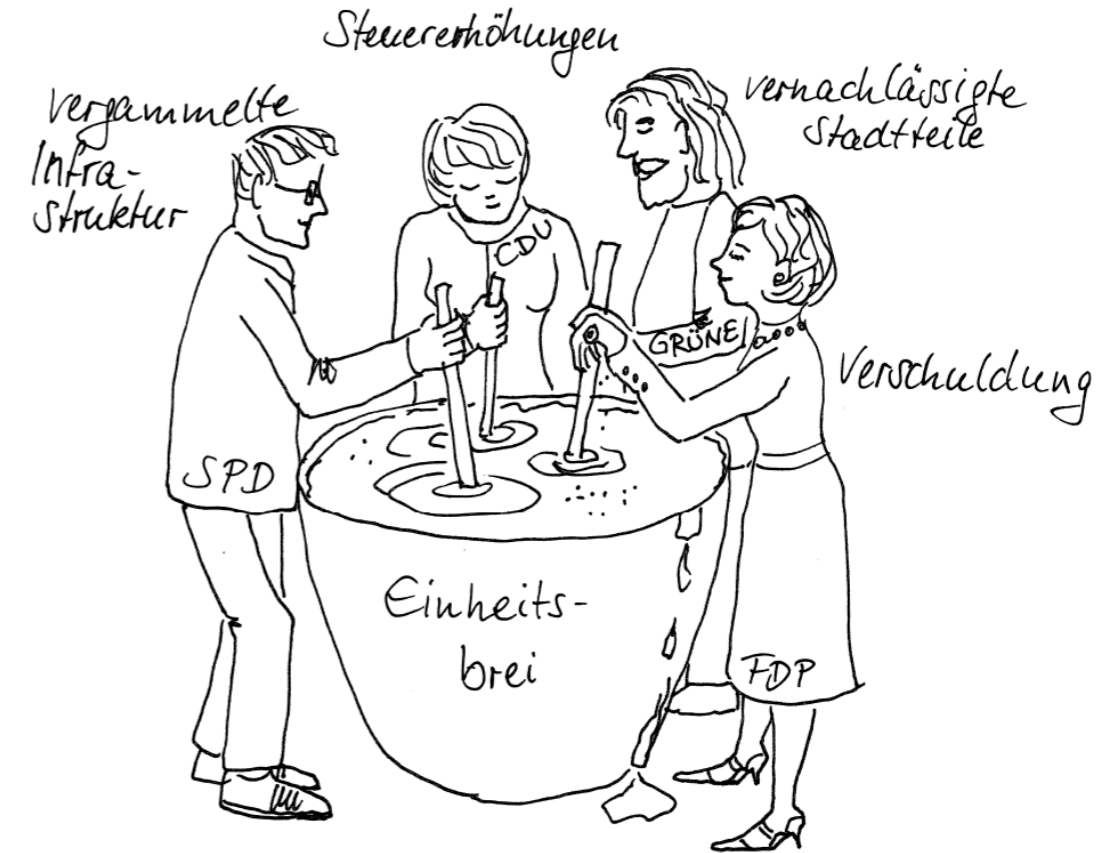


Stehen bereit für Verantwortung: Das Team des BBB – hier eine Aufnahme aus dem Spätsommer 2019

Im Bruchköbeler BürgerBund engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, die keiner Partei verpflichtet sind. Ihre Entscheidungen richten sie nach bestem Wissen und Gewissen am Bürgerwillen und am Allgemeinwohl aus. Wir haben in den 13 Jahren unseres Bestehens immer wieder auch Initiativen und Anträge aller Parteien in Bruchköbel unterstützt, die diesem Ziel dienen. Und für die Verwirklichung dieses Ziels sind wir auch in der kommenden Wahlperiode vorbehaltlos zur Zusammenarbeit mit allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung bereit.



Bürger statt Parteien!



Gegen den Einheitsbrei der Parteien



Mit uns haben Sie auch
nach der Wahl eine Stimme!



Mehr Bürgerservice abgelehnt: Erinnerung an Ablauf Personalausweis verweigert

Sicherlich geraten in der aktuellen Situation viele Personalausweise und Reisepässe in Vergessenheit. Die seit fast einem Jahr andauernden Verbote in Deutschland machen vielfach Reisen unmöglich oder haben zumindest die Lust daran verdorben. Irgendwann werden die Beschränkungen der Reisefreiheit vorbei sein und viele werden die wiedererreichte Bewegungsfreiheit nutzen wollen. Damit dann ein abgelaufenes Ausweisdokument nicht zu Problemen führt, wollte der BBB einen Erinnerungsservice per Brief durch die Stadtverwaltung erreichen und hat das in der Stadtverordnetenversammlung beantragt.



Abgelaufen und entwertet – davor möchte der BBB mit besserem Service schützen

Danach sollte das Bruchköbeler Passamt im Bürgerbüro die Bürger drei Monate vor Ablauf von Personalausweis oder Reisepass an die rechtzeitige Beantragung eines neuen Ausweises erinnern. Einen Personalausweis oder Reisepass benötigen alle Bürger ab 16 Jahren. Beiden Dokumenten kommen unterschiedliche Bedeutungen zu.

Für visumpflichtige Länder wird zwingend ein Reisepass benötigt, jetzt nach dem Brexit sogar für Großbritannien.

Der BBB wollte vermeiden, dass manche der hoffentlich bald wieder in großer Zahl reisenden Bürgerinnen und Bürger am Flughafen stehen und erst bei der Abfertigung bemerken, dass ihr Ausweis abgelaufen ist. Einen neuen Ausweis auszustellen, dauert etwa drei bis vier Wochen und es muss zuvor noch ein aktuelles „biometrisches“ Passbild gemacht werden.

Der BBB sieht deshalb eine Erinnerung per Brief drei Monate vor Ablaufdatum als hilfreich an. Schließlich benötigt man seinen Personalausweis nicht nur zum Reisen. So funktioniert eine Kraftfahrzeug-Anmeldung nicht ohne Bestätigung des Wohnsitzes durch den Personalausweis oder es muss mit Zusatzkosten eine aktuelle Meldebestätigung vorgelegt werden.

Deshalb ist die rechtzeitige Erinnerung an die bald ablaufende Gültigkeit des alten Personalausweises oder Reisepasses ein Bürgerservice, der allen Bürgern zu Gute kommt und Mehraufwand im Passamt für die Ausstellung von Ersatzdokumenten vermeiden hilft. Zahlreiche andere Kommunen bieten diesen guten und einfachen Service bereits seit vielen Jahren an, so dass sich der BBB dies auch für die Bürger unserer Stadt wünscht.

Nicht so die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP einschließlich der Bürgermeisterin, die sich damit trotz der geringen Kosten von nur ca. 1.500 Euro schwer tun. Angesichts von 42 Millionen Euro für das neue Stadthaus ist das nicht nachvollziehbar. Nur eine weitere Fraktion regte statt der Brief- eine eMail-Erinnerung an. Der Antrag des BBB wurde so zur weiteren Vorbereitung einer eMail-Benachrichtigung an den Magistrat gegeben. Das kann jetzt dauern. Wer kein email hat, bekommt gar keine Erinnerung. Mehr Bürgerservice scheint von den anderen Bruchköbeler Parteien nicht gewollt zu sein.

Begrenzung der Müllmengen am Bauhof aufheben

Die seit 2017 bestehende Begrenzung der Müllannahme am Bauhof wollte der BBB mit einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung wieder aufheben. Wir sind der Meinung, dass die frühere Regelung, nach der eine gestaffelte und geringe Gebühr für haushaltsübliche Mengen gezahlt werden musste, für die Bruchköbeler Bürger besser und gerechter ist. Denn wer jetzt am Bauhof abgewiesen wird, muss seinen Müll auf weit entfernten Deponien gegen viel höhere Gebühren entsorgen. Die alte Regelung war

gerechter: Die geringe Gebühr zahlte nämlich nur, wer tatsächlich Müll zum Bauhof brachte. Das hat jahrzehntelang gut funktioniert.

Weiterhin ist davon auszugehen, dass auch die sichtbar zunehmenden wilden Ablagerungen von Müll in der Natur eine direkte Folge der politischen Fehlentscheidung von 2016 sind. Damals wurde die Müllablieferung haushaltsüblicher Mengen am städtischen Bauhof in Bruchköbel, die bis dahin nur gegen eine geringe Gebühr möglich war, durch Beschluss der Koalition von CDU und SPD vollständig kostenlos. Der Bruchköbeler BürgerBund hatte davor gewarnt, weil eine kostenlose Müllablieferung zu Missbrauch führen wird, weil Bürger aus Nachbarkommunen über Freunde und Bekannte in Bruchköbel versuchen werden, ihren Müll kostenlos am Bauhof abzuladen.



Ebenso fragte der BBB nach, ob denn die zu erwartende Steigerung der Müllmengen und Anlieferer vom Team des Bauhofs und den dortigen Kapazitäten bewältigt werden könnten. Die Bedenken des BBB wurden durch den damaligen Bürgermeister in der entscheidenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in den Wind geschlagen.

Tatsächlich ist es dann aber genau so gekommen. Die Müllanlieferungen am Bauhof nahmen stark zu. Es entstanden Warteschlangen bis auf die Hammersbacher Straße. Kontrollen konnten den Missbrauch nur teilweise verhindern. Kurz darauf folgte dann im Jahr 2017 durch den Bürgermeister die Begrenzung der ablieferbaren Müllmengen.

Unserem Antrag, zur alten Regelung zurückzukehren und den Magistrat zu beauftragen, eine entsprechende Änderung der Abfallsatzung vorzulegen, wurde von keiner der anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung klar unterstützt. Der Antrag des BBB wurde stattdessen in einen Ausschuss zur weiteren Beratung verwiesen. Die Bruchköbeler Bürger müssen wohl noch lange auf eine bessere Lösung der Müllannahme am Bauhof warten.

Die Krise ist ein Produkt der Politik

Bruchköbel, von den 1970er Jahren bis zum Anfang der 2000er Jahre eine der erfolgreichsten Städte im Rhein-Main-Gebiet, befindet sich in einer doppelten Krise. Die eine ist in den letzten zwölf Jahren hausgemacht worden durch Überschuldung und fehlende Konzepte. Die andere Krise kommt durch die planlose Politik der Parteien in Bund und Land über uns.

In den letzten fünf Jahren hat eine Koalition aus CDU und SPD versucht, die Geschicke Bruchköbels zu bestimmen. Teilweise ist das schon allein daran gescheitert, dass zu viele ihrer Stadtverordneten in den Sitzungen fehlten. Aus ihrem Koalitionsvertrag haben sie so gut wie nichts umgesetzt - sie treten mit leeren Händen vor die Wähler. Einzig ein viel zu teures Stadthaus mit Tiefgarage, Kosten ca. 42 Millionen Euro, für das auch die Grünen gestimmt haben, hinterlassen sie uns. Allein mit dem Haushalt für 2021, dem CDU, SPD, Grüne und FDP jetzt zugestimmt haben, bringt das 19 Millionen Euro neue Schulden. Der Schuldenstand steigt damit auf rund 61 Millionen Euro. Jeder Bruchköbeler, vom Säugling bis zum Rentner, ist dann mit über 3.000 Euro städtischer Schulden belastet. Es ist der unverdauliche Einheitsbrei, den diese Parteien angerührt haben. Wir, die Bürgerinnen und Bürger Bruchköbels dieser und der kommenden Generationen, werden ihn auslöffeln. Weniger städtische Leistungen und Hilfen, schlechtere Infrastruktur vor allem in den Stadtteilen und noch höhere Steuern werden die Folgen sein, wenn nicht schnell und entschieden gegengesteuert wird.

Die zweite Krise ist die seit einem Jahr andauernde plan- und konzeptionslose Corona-Politik der Parteien, die deutschlandweit zwei Hauptschäden hinter-